

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 11. Ratssitzung vom 22. August 2018

265. 2018/239

Postulat von Markus Baumann (GLP) und Isabel Garcia (GLP) vom 20.06.2018: Wahrnehmen einer finanziellen Verantwortung von Unternehmen, die Abzahlungsgeschäfte, Konsumkredite und Leasingverträge anbieten, analog der Vereinbarungen mit Swiss Casinos

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Markus Baumann (GLP)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 158/2018): Wie schon angetönt, geht es um eine alternative Mitfinanzierung der Schuldenberatung und Schuldenprävention, die im vorangegangenen Geschäft mehrfach als wichtig anerkannt wurden. Hinter dem Postulat steht auch der Gedanke des Verursacherprinzips: Es ist eine Tatsache, dass Leasingverträge, Konsumkredite usw. sehr einfach zu bekommen sind. Es sollte nicht nur die öffentliche Hand in der Verantwortung stehen, sondern auch – analog zu den Swiss Casinos – Unternehmen, deren Dienstleistungen und Produkte über Abzahlungsgeschäfte, Konsumkredite oder Leasingverträge bezahlt werden. Es ist uns bewusst, dass wir auf kommunaler Ebene nicht die gleichen Möglichkeiten haben, wie sie im Zusammenhang mit den Swiss Casinos bestanden, aber es ist wichtig, dass das Thema diskutiert und angegangen wird. Dabei darf nicht vergessen gehen, dass auch die Stadt Zürich ein paar Instrumente hat: Immer dann, wenn jemand einen Standortvorteil möchte, darf man sehr wohl über die Verantwortung gegenüber der Gesellschaft diskutieren. Nichtsdestotrotz haben wir den Postulatstext angesichts der beschränkten Möglichkeiten bewusst offen formuliert. Vor allem global tätige Unternehmen, die Konsumkredite attraktiv und aggressiv bewerben und Telekommunikationsanbieter, die keine Bonitätsprüfung vornehmen und keinen Lohnausweis verlangen, stehen in einer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung. Gerade viele Jugendliche haben dadurch, dass sie einfach an solche Dienstleistungen herankommen, hohe Schuldendepots und eine schwierige Zukunft vor sich. Es ist prüfenswert, mit einschlägigen Firmen in Kontakt zu treten und im Sinne einer Corporate Social Responsibility Verantwortung von ihnen zu verlangen.*

***Walter Anken (SVP)** begründet den von Peter Schick (SVP) namens der SVP-Fraktion am 4. Juli 2018 gestellten Ablehnungsantrag: Im Postulat ist von 18- bis 24-jährigen Personen die Rede und die linke Seite pocht immer auf ein Stimm- und Wahlrecht ab 16 Jahren. Junge Leute sollen also politische Entscheidungen treffen können, werden gleichzeitig aber nicht als fähig erachtet, ihre eigenen Finanzen im Griff zu haben. Es ist wichtig, dass junge Leute den Ernst des Lebens so schnell wie möglich kennenlernen. Wir dürfen sie nicht verhätscheln, sondern müssen ihnen beibringen, wie sie mit ihren Finanzen umzugehen haben. Der Vergleich einer Telekommunikationsfirma mit einem Casino ist nicht statthaft: In einem Casino kann man innerhalb kürzester Zeit viele tau-*

send Franken verlieren, während ein Handyabo zwischen 50 und 100 Franken kostet und jederzeit wieder gekündigt werden kann. Wenn Firmen noch Schuldenprävention und Schuldenberatung machen müssen, werden die Produkte wieder viel teurer – und die Reklamationen der Konsumenten sind vorprogrammiert.

Weitere Wortmeldungen:

Christoph Marty (SVP): *Wie kommt die GLP dazu, von einem Anbieter eines Produkts oder einer Leistung zu verlangen, dass er die Verantwortung für seine volljährigen und mündigen Geschäftspartner übernimmt? Dadurch werden die Konsumentinnen und Konsumenten entmündigt. Die GLP schreibt, durch das Konsumverhalten vieler junger Leute – heute konsumieren, morgen zahlen – entstehe ein volkswirtschaftlicher Schaden. In Wahrheit ist aber genau das Gegenteil der Fall: Die Wirtschaft läuft auf Hochtouren wegen des Konsums auf Pump. Ich denke da z. B. an den Verkehr: Alle Verkehrsprobleme wären gelöst, wenn nur noch Autos fahren dürften, die bereits bezahlt wurden. Die Betriebe, von denen das Postulat Abgaben an Staatsstellen fordert, haben wenig mit Casinos zu tun. Wir setzen auf die Eigenverantwortung der Bürger – auch der jüngeren.*

Alexander Brunner (FDP): *Bei Casinos geht es um Geldspiele, die entweder aus Vergnügen oder aber aufgrund einer Sucht gespielt werden. Das Suchtpotenzial ist erwiesen, und eine Casino-Lizenz erhält nur, wer entsprechende Prävention leistet. Im Postulat geht es hingegen um Finanzierungsformen, insbesondere zum Kauf von Investitionsgütern, wie z. B. Autos oder Möbel. Offene Geldverpflichtungen sind nicht grundsätzlich schlecht, sondern wirtschaftlicher Alltag – alle, die eine Kreditkarte besitzen, haben offene Geldverpflichtungen. Es kann zu Überschuldung führen, aber es gibt das Bundesgesetz über den Konsumkredit (KKG, 221.214.1), eine Kreditfähigkeitsprüfung und ein Maximalzinssatz sind vorgeschrieben. Ziemlich weit oben auf der Schuldenliste von Jugendlichen stehen übrigens auch Steuerschulden; auch der Staat sorgt also für Schulden. Schuldenprävention findet übrigens bereits statt: Die Betreibungsämter der Stadt Zürich machen Schuldenpräventionskurse. Wenn es wirklich ein grosses Problem wäre, wäre es auch national ein Thema, denn verschulden kann man sich nicht nur in der Stadt Zürich.*

Roger-Paul Speck (SP): *Das Postulat geht tendenziell in die richtige Richtung. Der Stadtrat kann das Gespräch suchen und an die Verantwortung der Firmen appellieren. Es hat schliesslich auch eine ethische Dimension, wenn Firmen Produkte und Dienstleistungen anbieten, die Privatpersonen in die Verschuldung und ins Elend treiben. Der Stadtrat sollte zumindest mit den grossen Playern Massnahmen und Aktionen planen, damit die Schulden den Leuten nicht über den Kopf wachsen. Man soll sich überlegen, was für Projekte und Vereine man im Kampf gegen private Verschuldung unterstützen könnte. Verstärkte Präventionsangebote an Berufsschulen wären wichtig und wirksam. Was die Betreibungsämter in Sachen Schuldenprävention machen, ist zu wenig. Um auf die Problematik aufmerksam zu machen, sollte man eigentlich einen nationalen Anti-Verschuldungstag ausrufen.*

3 / 3

Samuel Balsiger (SVP): Das Postulat suggeriert, die Casinos würden die Schuldenberatung freiwillig unterstützen, dabei gründet diese Abgabe in einer Bestimmung in der Bundesverfassung (BV, 101), wonach die Reingewinne aus Geldspielen in soziale, kulturelle und sportliche Projekte zu fliessen haben. Geldspiele stellen nämlich eine grosse Gefahr für die Gesellschaft dar. Zu behaupten, der Abschluss eines Telefonabos sei gleich zu behandeln wie Geldspiele, ist irrsinnig und nicht wirtschaftsliberal.

Andreas Kirstein (AL): Das Thema ist von einer grossen gesellschaftspolitischen Relevanz, das Postulat geht aber zu weit. Ich sehe keine Möglichkeit für den Stadtrat, im Rahmen der herrschenden Ordnung substanziell auf die Firmen einzuwirken. Die privaten Schulden feuern die kapitalistische Warenwirtschaft an, zumindest im Konsumbereich, und eine schuldenfreie Individualgesellschaft würde eine grosse Wirtschaftskrise bewirken. Da das Anliegen des Postulats durchaus sympathisch ist, wird ein Teil der AL-Fraktion zustimmen, ein anderer Teil hält es aber für Symbolpolitik und lehnt es ab.

Das Postulat wird mit 76 gegen 41 Stimmen (bei 2 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat